

ECHO DER ZEIT · FRAGEN DER JUNGEN GENERATION

HERAUSGEGEBEN VON KURT HENNIG

HEFT 1

HERMANN EHLERS

HAT UNSERE DEMOKRATIE

EINEN SINN?

1952

2. Auflage

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck nur mit Genehmigung des Verlages gestattet
Druck: Gerhard Stalling AG., Oldenburg (Oldb)

JUGENDDIENST-VERLAG E.V. · OLDENBURG (OLDB)

I. Warum müssen wir von dieser Frage reden?

Wegen unserer gefährlichen Vergeßlichkeit

Wir kommen aus einer Zeit, in der das, was man Demokratie nennt, völlig aus dem Leben des deutschen Volkes ausgeschaltet war. Wenn man unter Demokratie eine Staatsform versteht, in der alle politisch mündigen Menschen Träger der Staatsgewalt sind, dann ist das das genaue Gegenteil der Staatsform, in der der Satz galt: „Der Wille des Führers ist Recht“ und „Recht ist, was dem Volk nutzt“. Wenn Demokratie eine Staatsform ist, in der die Gebote von Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit garantiert werden, dann ist das das genaue Gegenteil einer Staatsform, wie wir sie hatten, in der es weder eine Freiheit der Meinung noch der Meinungsäußerung gab, in der die Freiheit der Person nicht gesichert war, sondern Konzentrationslager und Geheime Staatspolizei jederzeit diese Freiheit beschränken konnten und in der durch die Zerschlagung der ordentlichen Rechtspflege die Sicherung der Gerechtigkeit im Staatsleben aufgehoben war. Man sollte meinen, daß die Deutschen verstanden hätten, was sie zum 8. Mai 1945, dem Tage des totalen Zusammenbruchs jeder staatlichen Ordnung und der bedingungslosen Kapitulation, gebracht hat. Offenbar ist das bei vielen Deutschen nicht der Fall. Sie verfallen der Gefahr, die allen Menschen nur zu nahe liegt, zu vergessen und sich nicht daran zu erinnern, was Ausgangspunkt ihres politischen Unglücks war.

Billige Phrasen, die uns teuer zu stehen kommen können

Der zweite Grund für die Notwendigkeit, heute von der Demokratie zu reden, ist die Tatsache, daß der Begriff der Demokratie schon wieder ein höchst problematischer geworden ist. Ich will nicht davon sprechen, welch gefährliches Verfahren es war, daß die Feindmächte, die uns nach der bedingungslosen Kapitulation uneingeschränkt regierten, sich rühmten, uns zu Demokraten umerziehen zu wollen. Sicher haben viele von ihnen dabei guten Willen gehabt. Es hat aber auch genug Repräsentanten der Feindmächte gegeben, die diesen guten Willen vermissen ließen und die aus der fortwirkenden Erbitterung und dem Haß des Krieges heraus handelten. Viele sind unter ihnen gewesen, die mit einem merkwürdigen Sendungsbewußtsein glaubten, den Deutschen unverändert ihre politischen Erfahrungen und Methoden anzuverleihen oder aufzuzwingen zu sollen. Alle zusammen haben viel dazu beigetragen, daß der Begriff der westlichen Demokratie bei nicht wenigen Menschen in Deutschland in einen gewissen Verfall gekommen ist.

Das ist nicht das Schlimmste. Gefährlicher ist aber, daß es in Deutschland selbst genug Menschen gibt, und gerade eben die, die aus dem Zusam-

menbruch und dem Dritten Reich nichts gelernt oder das Gelernte wieder vergessen haben, die insgeheim oder offen gegen diese Demokratie Sturm laufen. Sie tun es mit den gleichen Worten und Methoden, die schon einmal nach einem deutschen Zusammenbruch gegen den Versuch der Schaffung eines deutschen demokratischen Staates auf der Grundlage der Weimarer Verfassung gebraucht worden sind. Sie benutzen jede Gelegenheit, um die deutsche Demokratie herabzusetzen und Fehler, die hier und dort sichtbar werden, dazu auszunutzen, um gegen die Gesamtheit der Ordnung dieses Staates anzukämpfen. Sie sprechen von nationaler Ehre und Würde, sie sprechen vom Deutschen Reich und seiner alten Größe — und alles richtet sich gegen die bescheidenen Anfänge dessen, was eine deutsche Demokratie bei uns werden soll. Es wird im folgenden von den Einzelheiten zu reden sein. Aber die Notwendigkeit, daß wir uns besinnen, ob eine Demokratie bei uns einen Sinn und eine Aufgabe hat, ist durch die Angriffe, die von den verschiedensten Seiten kommen, sicher gegeben.

II. Haben wir die Freiheit zur Demokratie?

Demokratie unter Kommissaren?

Die Demokratie soll eine Staatsform sein, in der die politisch mündigen Menschen des Volkes Träger der Staatsgewalt sind.

Man könnte gegen unsere heutige Demokratie einwenden, daß das schon eine falsche Unterstellung sei. Jeder, der einmal nach Bonn kommt und sich in der vorläufigen Bundeshauptstadt den Sitz der Organe des Bundestages und der Bundesregierung ansieht, erblickt in der Ferne das Siebengebirge und als vordersten Berg den Petersberg, auf ihm ein großes Hotel, auf dessen Dach die Fahnen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs wehen. Hier ist der Sitz der Hohen Kommissare, die nach dem Besatzungsstatut eine große Reihe von Zuständigkeiten in Deutschland wahrnehmen. Es gibt manche Gesetzgebungsbereiche, die ihnen ausschließlich vorbehalten sind. In Fragen des Schiffbaus und anderer Industriezweige haben sie großen Einfluß. Bis vor kurzer Zeit haben die Hohen Kommissare sogar die gesamte deutsche Außenpolitik nach außen vertreten. Die Botschafter und Gesandten fremder Mächte waren bei ihnen akkreditiert. Es gibt nicht nur im Bund diese Hohen Kommissare, sondern entsprechende Dienststellen in allen Ländern bis hin zu den Kreisen und weiteren Einrichtungen der Kontrolle und der Überwachung. In Deutschland sind amerikanische, englische, französische, belgische, norwegische und dänische Truppen, die bisher als Besatzungsmächte auftreten, und die vielleicht erst in absehbarer Zeit im Rahmen einer europäischen Verteidigung auf Grund einer vertraglichen Vereinbarung eine andere Stellung bekommen werden. Sie beanspruchen Kasernen, Übungsplätze und Wohnungen. Sie führen ihre Ma-

növer nicht nur auf Truppenübungsplätzen, sondern oft genug auf deutschem Ackerland durch.

Genug dieser Aufzählung! Wie mancher wird jetzt sagen: Und wenn das alles so ist, dann wollt ihr von einer deutschen Demokratie und einer Wahrnehmung deutscher Hoheitsrechte durch ein deutsches Parlament, das eine Vertretung des Volkes ist, reden? Die Frage ist ernst, und niemand sollte sich ihr entziehen. Aber wir müssen das eine sagen: Der Staat Adolf Hitlers, die Formen seiner Regierung und die Kriege, die er führte, haben das deutsche Volk in den völligen Zusammenbruch geführt. Im Mai 1945 gab es keine deutsche Souveränität, gab es keine deutsche Regierung, gab es keine deutsche Wirtschaft, keinen Verkehr und nichts mehr, was in eigener deutscher Zuständigkeit verwaltet werden konnte. Die Aufgabe war, aus diesem Nichts wieder den Anfang eines Staates zu schaffen, wenn überhaupt noch einmal Deutschland in der Welt ein selbständiger Staat und ein freies Volk sein sollte. Niemand war so vermessen zu glauben, daß in den Jahren 1945 bis 1951 noch einmal das hätte geschehen können, was für das Preußen von 1807 bis 1813 selbstverständlich war: die Schaffung einer militärischen Macht zur Befreiung von Volk und Land durch einen Krieg gegen den fremden Unterdrücker. Das deutsche Volk hatte erfahren, wohin der Mißbrauch der Macht und der Gewalt führt. Es hatte unter dem Eindruck seines eigenen Zusammenbruchs und des Sterbens von Millionen und Abermillionen von Menschen in aller Welt der Gewalt abgesagt und sich von dem Gedanken eines Krieges abgewandt. Es stand aber Besatzungsmächten gegenüber, die nur sehr langsam bereit waren, die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes zu verstehen und anzuerkennen, und die nur sehr zögernd einzelne Lebensbereiche dieses Volkes in seine eigene Zuständigkeit zu geben bereit waren, weil sie viel weniger als das deutsche Volk selbst an einen wirklichen inneren Wandel dieses Volkes glaubten, sondern meinten, sie müßten es durch Zwang und Gewalt in alle Zukunft davon abhalten, noch einmal die Wege von einst zu gehen.

Der Anfang aus dem Nichts

Über die Selbstverwaltung der deutschen Gemeinden, über die langsam wachsende eigene Regierung der deutschen Länder entstand so nach und nach der Anfang einer deutschen Demokratie. Sie war keine vollkommene, weil sie nur in sehr kleinen Teilen staatlicher Zuständigkeiten wirksam werden konnte, aber sie war ein Anfang, und als die absolute Herrschaft der Militärregierungen abgelöst wurde durch das Besatzungsstatut, das die Militärgouverneure zu Hohen Kommissaren machte, war der Weg frei für eine vorläufige deutsche Verfassung und für ein deutsches Parlament und eine daraus wachsende deutsche Regierung. Auch sie waren und sind in ihren Befugnissen noch begrenzt, aber niemand wird leugnen, daß in den Jahren seit 1949 die Entwicklung weitergegangen ist. Wenn wir jetzt davor stehen,

daß sicher in absehbarer Zeit das Besatzungsstatut fällt und durch freie Verträge ersetzt wird, wenn wir damit rechnen können, daß die Einschränkungen des deutschen Kohlenbergbaus durch die sogenannte internationale Ruhrbehörde fallen werden, wenn der Schumanplan wirksam geworden ist, dann kennzeichnen vor allem diese Tatsachen, daß wir uns nicht in einem unveränderlichen Zustand befinden, sondern daß wir in der Erringung von Freiheiten für diese deutsche Demokratie vorankommen.

Früher hätten vielleicht die Würde und das Selbstbewußtsein von Staatsmännern und Politikern viele Wege unmöglich gemacht, die heute gegangen werden mußten. Sicher ist es vielen deutschen Politikern schwer geworden, den Weg zum Petersberg hinauf zu gehen und dort zähe und entsagungsvoll um immer weitere Erleichterungen für Deutschland, seine Regierung und seine Wirtschaft zu ringen. Aber es wird sicher einmal in der Geschichte den Menschen mehr Achtung gezollt werden, die unter Hintanstellung ihrer Person diese bitteren Wege gingen, als denen, die meinen, in lauten Versammlungsreden die nationale Würde und Freiheit verteidigen zu können. Sie holen aus dem alten Reservoir eines mißverstandenen deutschen Nationalgefühls Parolen hervor, die früher schon einmal gefährlich waren, heute aber sicher falsch sind und uns wieder ins Unglück führen.

Diese deutsche Demokratie, von der wir reden, ist nichts Fertiges, sie ist etwas Werdendes und Wachsendes. Es geht nicht darum, zu beweisen, daß sie souverän sei und daß sie in allen Punkten heute schon vollkommen sei. Aber es geht darum, zu verstehen, daß hier aus dem Nichts ein Weg in eine neue Ordnung gegangen wird, und der Weg aus dem Nichts ist immer ein schwerer und entsagungsvoller. Die deutsche Demokratie kann in der heutigen Lage Deutschlands nicht erwarten, daß ihre Wege und ihre Erfolge begeisterten Beifall erzielen. Sie muß aber erwarten, daß das, was durch sie erreicht werden konnte, die Achtung der Gutwilligen findet.

III. Woher kommt die Demokratie?

Repräsentative Demokratie

Wenn wir heute von der Demokratie reden, meinen wir nicht irgendwelche Formen der Volksherrschaft der Vergangenheit.

Wenn wir *heute* von Demokratie sprechen, dann meinen wir die geordneten Formen der Vertretung des Volkes in der Regierung des Staates. Die Grundlagen dieser Demokratie sind in den angelsächsischen Ländern, insbesondere in England in der Form einer Demokratie, die einen König an der Spitze des Staates beließ, und in den Vereinigten Staaten in der Form einer republikanischen Demokratie entwickelt worden. Insbesondere die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit den in ihr garantierten Freiheitsrechten von 1787 ist Vorbild für viele demokratische Ordnungen geworden,

die in den Ländern des Westens entstanden sind. Wir wollen dabei nicht vergessen, daß auch in Mitteleuropa und in Deutschland diese Demokratie ihre eindrucksvollen Vorbilder hat. Die deutschen Städte des Mittelalters, insbesondere die Freien Reichsstädte, und die Schweizer Kantone bieten ein besonders überzeugendes Bild dafür, in welcher Weise die Bewohner an der Regierung ihres Staates oder ihrer Stadt beteiligt werden können. In Reutlingen haben einst z. B. die Männer auf dem Markt der freien Reichsstadt über die Unterzeichnung des Augsburger Bekenntnisses abgestimmt. Unter einfachen und zahlenmäßig begrenzten Verhältnissen, wie sie heute noch in einigen kleinen Schweizer Kantonen vorhanden sind, kann man das Bild der unmittelbaren Demokratie erleben, wenn sich alle wahlberechtigten Männer des Volkes zur Landsgemeinde versammeln und dort die politischen Entscheidungen, insbesondere die Wahl des Repräsentanten des Staates, vornehmen. In den Staaten mit großen Bevölkerungszahlen, die in den letzten Jahrhunderten durch die ständig zunehmende Zahl der Menschen entstanden sind, ist diese Form einer unmittelbaren Demokratie nicht mehr denkbar, da es natürlich ausgeschlossen wäre, etwa 48 Millionen Menschen in der Bundesrepublik zu versammeln, um durch sie unmittelbar die Organe des Staates bestimmen oder Gesetze annehmen zu lassen. Es hat sich hier die Form der repräsentativen Demokratie entwickelt, in der durch die Bevölkerung in geordneter Form Vertreter gewählt werden, die dann zusammentreten, um an Stelle des Volkes in seiner Gesamtheit als Gesetzgeber tätig zu sein und die Regierung des Landes zu bestimmen. Damit die Herrschaft dieser gewählten Repräsentanten nicht eine bindungslose wird, haben die Staaten in verschiedener Weise Methoden entwickelt, um erstens die Wahl so vorzunehmen, daß sie auch ein echtes Spiegelbild der Volksmeinung wird — darüber ist in dem folgenden Abschnitt noch zu sprechen — und zweitens sicherzustellen, daß die Wahl in bestimmten Abständen erneut vorgenommen wird, um die Einstellung des Volkes zu der Arbeit der von ihm gewählten Repräsentanten überprüfen zu können.

Trotz aller Abarten in der Durchführung der Wahl und in der Zusammensetzung von Parlamenten ist die Grundlinie aller dieser Formen der repräsentativen Demokratie einheitlich. Es ist bisher nicht gelungen, eine Form zu entwickeln, die den hier und dort zutage tretenden Mängeln abhelfen könnte, und wir werden, wenn wir von Demokratie sprechen, uns in irgendeiner Weise an die in mehreren Jahrhunderten im Westen bewährten Formen anschließen müssen.

Relative Schwerfälligkeit ist besser als absolute Vergewaltigung

Der Einwand, den viele Menschen gegen diese Formen westlicher Demokratie erheben, ist insbesondere der, daß sie zu schwerfällig sei und daß sie Interessentengruppen der verschiedensten Art die Möglichkeit gebe, sich direkt oder auf Umwegen dieser Demokratie zu bedienen, um ihre eigensüchtigen Zwecke entgegen den wahren Interessen des Volkes zu verfolgen.

Um diesen Vorwurf, der hier und da durchaus berechtigt sein mag, zu überprüfen, sollten wir nicht so sehr von westlicher Demokratie reden, als von den Versuchen, sie durch andere politische Systeme zu ersetzen. Die totalitären Staaten in Deutschland und die jetzigen im Osten, die diese Formen der Demokratie beseitigt haben, haben immer damit angefangen, daß sie die freie Wahl des Volkes zwischen verschiedenen Kandidaten aufhoben und unter irgendwelchen, meist nationalen Parolen einheitliche Listen von Kandidaten aufstellten, die den Kurs der Regierung unbedingt billigten. Es ist am Tage, daß eine Wahl, die nur darin besteht, daß man zu einer vorgelegten einheitlichen Liste Ja sagen kann, keine echte Wahl ist, zumal die Möglichkeit, durch eine Stimmenthaltung oder durch eine Nein-Stimme seiner Ablehnung Ausdruck zu geben, meist durch die Verhinderung einer geheimen Wahl oder durch Überwachungsmaßnahmen oder gar einfach durch eine Wahlfälschung wirkungslos wird. Es ist geradezu zum Kennzeichen eines totalitären Staates geworden, daß er die äußeren Formen einer Wahl, die man um der internationalen Wirkung willen nicht entbehren zu können glaubt, benutzt, daß aber der Inhalt der Wahl völlig verfälscht wird. Nur so können unter dem Druck des Terrors Wahlergebnisse mit 97, ja 100% der Stimmen zustande kommen.

Was den Vorwurf der Förderung von privaten Interessen durch die parlamentarische Demokratie angeht, so muß gesagt werden, daß jede Erfahrung, die bisher gemacht worden ist, zeigt, daß die Formen der repräsentativen Demokratie und die Wahl der Abgeordneten durch das Volk die weitaus wirkungsvollste Möglichkeit bietet, sich gegen Korruption und Mißbrauch der Staatsgewalt zu schützen. Das Bild des nationalsozialistischen Staates und der Ausnutzung der einzelnen Führer dieses Staates zugefallenen totalen Gewalt im privaten Interesse oder im Interesse einer Gruppe oder Partei zeigt, daß ein Staat, der nicht mehr seine Volksvertreter in freier Wahl wählt, für jeden Mißbrauch der öffentlichen Gewalt offen ist.

Es beweisen also gerade die Versuche, Staaten anders aufzubauen als in den Formen der westlichen Demokratie, daß dann die auch dort manchmal unvollkommenen Sicherungen völlig wegfallen und ein Staat der brutalen Gewalt, des Verbrechens und des Mordens entsteht.

IV. Ist ein Parlament nötig und was hat es zu tun?

Kommen die Abgeordneten zum Zeitunglesen zusammen?

Viele Menschen, die gegen die Demokratie Bedenken haben, finden ihre Ablehnung begründet in dem Bild des Parlaments, das viele Staaten bieten. Sprechen wir von unserem eigenen Parlament. Wenn Besucher aus ganz Deutschland nach Bonn kommen, insbesondere junge Menschen, dann fällt ihnen zumeist folgendes auf: Das Parlament ist nur an sogenannten großen

Tagen voll besetzt. Bei den normalen Debatten ist nur ein Teil der Abgeordneten im Hause. Die Tribünenbesucher finden dann, daß viele Abgeordnete sich auch nur zum Teil an der Debatte beteiligen oder aufmerksam den Reden zuhören, die dort gehalten werden. Manche von ihnen haben Akten vor sich, einige lesen Zeitungen, viele unterhalten sich und bilden im Saale Gruppen, die irgendwelche Fragen diskutieren, nicht wenige sitzen im Restaurant, essen oder trinken Kaffee und scheinen an den Vorgängen im Parlament, in das sie vom Volk entsandt sind, nur wenig Anteil zu nehmen.

Diese Vorwürfe kehren immer wieder. Manche von ihnen sind zweifellos richtig. Aber wenn man den Dingen auf den Grund geht, gewinnt vieles doch ein anderes Gesicht. Die Abgeordneten sind in das Parlament entsandt, um dort eine politische Arbeit zu leisten. Die dem Parlament, in unserem Fall dem Bundestag, zugewiesene Arbeit ist die Gesetzgebung. Es sieht jeder ein, daß die Gesetzgebung nicht nur darin besteht, daß im Parlament Reden gehalten werden, sondern das Reden im Plenum des Parlaments ist in der Regel nur ein Auftakt oder ein Abschluß dessen, was zur Gesetzgebung vom Parlament geschehen muß. Die komplizierte Organisation heutiger Staaten, die sich von der vergangener Zeiten durch die Ausdehnung der Wirtschaft und vieler anderer Dinge grundlegend unterscheidet, macht eine ungeheure Spezialisierung der Gesetzgebung nötig. Es kann natürlich nicht verlangt werden, daß jeder Abgeordnete auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der Gesetzgebung in gleicher Weise unterrichtet ist. Darum gibt es im Deutschen Bundestag 40 Ausschüsse, z. B. den Haushaltsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaftspolitik, für Finanz- und Steuerfragen, den Kulturausschuß, den Ausschuß für Arbeit, für Kriegsofferfragen, für Sozialpolitik, für Rechtswesen und Verfassungsrecht, den Auswärtigen Ausschuß usw., die im Rahmen der Gesetzgebung des Parlaments einen besonderen Spezialauftrag haben. In diesen Ausschüssen wird die eigentliche Vorarbeit geleistet, und im Parlament finden in der Regel nur grundsätzlich bedeutsame Debatten statt, die die wesentlichen Fragen der Gesetzgebung behandeln. An solchen Debatten nehmen naturgemäß in erster Linie die Abgeordneten teil, die den betreffenden Ausschüssen angehören und sich mit den Fragen insbesondere befaßt haben. Viele Abgeordnete sind also bei den Erörterungen oft nicht notwendig, und sie benutzen diese Zeit, um entweder sich mit den ihnen unmittelbar aufgetragenen Fragen zu befassen — oft genug tagen auch Ausschüsse des Parlaments während des Plenums, da sie sonst keine Zeit dazu finden — oder z. B. Besucher zu empfangen.

Ein Abgeordneter soll der Mund von 100 000 Deutschen sein

Es kommen sehr viele Menschen aus dem ganzen Lande nach Bonn, um den Abgeordneten entweder ihrer Partei oder ihres Wahlkreises Fragen vorzutragen, die sie beschäftigen, ihnen Forderungen vorzulegen und das sichtbar werden zu lassen, was nun einmal Aufgabe des Abgeordneten ist: daß er

nämlich für mehr als 100 000 Menschen im Lande der Vertreter im Parlament ist. Außerdem muß der Abgeordnete die zahllosen Briefe, die an ihn aus allen Teilen der Bundesrepublik kommen, beantworten, denn jeder Schreiber eines Briefes erwartet natürlich, daß der Abgeordnete ihm antwortet und seinen Wünschen nachkommt. Schließlich soll der Abgeordnete, damit er im Bilde ist über das, was in der Welt und in Deutschland vorgeht, viele Zeitungen und Zeitschriften lesen. Wenn er das nicht täte, würde er kein eigenes Urteil über die Ereignisse haben und von irgendwelchen Parolen, die an ihn herangetragen werden, abhängig sein. Das alles führt dazu, daß das Parlament das Bild bietet, das viele Menschen beanstanden, weil sie über die inneren Vorgänge der Arbeit eines Parlaments nicht unterrichtet sind. Das Parlament ist nun einmal kein Hörsaal und keine Schule, in der die Abgeordneten Vorträge entgegennehmen. Selbstverständlich ist es auch so, daß es in jedem Parlament Abgeordnete oder Parteien gibt, die anzuhören viele andere Abgeordnete nicht für förderlich halten. Sie nutzen dann die Zeit, die sie dadurch ersparen, um andere dringende Arbeiten zu erledigen. Die theoretische Gleichberechtigung jedes Volksvertreters im Parlament, die auch verfassungs- und geschäftsordnungsmäßig gesichert ist, kann natürlich nicht den Erfolg haben, daß nun auch jeder Parlamentarier von gleichem Gewicht und gleicher Bedeutung für die Gesetzgebung und die Arbeit des Parlaments überhaupt ist. Jeder hat natürlich seine eigenen Vorstellungen davon, welche Abgeordneten wirklich etwas Wichtiges zu sagen haben. Diese Abgeordneten werden dann auch angehört.

Bundestag und Bundesrat

Es soll im folgenden noch einmal kurz zusammengestellt werden, was ein Parlament bei uns zu tun hat.

Der Deutsche Bundestag hat zusammen mit den von den Landtagen der Länder gewählten Vertretern, mit denen er gemeinsam die Bundesversammlung bildet, alle 5 Jahre den Bundespräsidenten zu wählen.

Wenn der Bundestag nach seiner Wahl versammelt ist, wählt er mit der Mehrheit der Stimmberechtigten den Bundeskanzler. Dieser schlägt dem Bundespräsidenten die Bundesminister zur Ernennung vor. Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik. Das heißt also, daß er nach unserer Verfassung eine stärkere Stellung hat als in vielen anderen Parlamenten des Westens. Früher konnte der Deutsche Reichstag, wie manche Parlamente des Westens, durch einen Mißtrauensantrag eine Regierung stürzen. Heute ist das dahin eingeschränkt, daß ein Mißtrauensantrag nur gegen den Bundeskanzler zulässig ist. Er kann aber auch nur dann zum Erfolg führen, wenn gleichzeitig ein neuer Bundeskanzler vorgeschlagen wird. Das heißt also, daß Parteien, die sich zwar in der Ablehnung eines Bundeskanzlers einig sind, aber unter sich politisch so verschieden denken, daß sie gemeinsam nicht einen neuen Bundeskanzler benennen könnten, die im Amt

befindliche Regierung nicht stürzen können. Man nennt das ein konstruktives Mißtrauensvotum. Das hat man eingeführt, weil wir in der Zeit zwischen 1918 und 1933 oft genug erlebt hatten, daß sich politisch sehr verschiedene Kräfte zusammentaten, um eine Regierung zu stürzen, auch wenn sie nicht willens oder in der Lage waren, eine neue Regierung zu bilden.

Neben dem Bundestag gibt es den Bundesrat, das ist die Vertretung der elf deutschen Länder und Berlins, das mit beratender Stimme teilnimmt. In ihm sitzen keine unabhängigen Parlamentarier, sondern Vertreter der Regierungen, die ihre Stimme nach den Weisungen der Regierung abgeben müssen. Beide, Bundesrat und Bundestag, sind an der Gesetzgebung beteiligt. Normalerweise kommt ein Gesetzentwurf von der Regierung an den Bundesrat. Dieser hat die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen und Abänderungsanträge zu stellen. Nachdem das geschehen ist, leitet die Regierung den Entwurf mit der Stellungnahme des Bundesrats und ihrer Stellungnahme zu diesen Abänderungsvorschlägen an den Bundestag weiter. Dieser berät das Gesetz in einer ersten Beratung, in der in der Regel eine grundsätzliche Aussprache über den Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit stattfindet.

Dann wird der Gesetzentwurf dem zuständigen Ausschuß überwiesen, also z. B. der jetzt in Arbeit befindliche Gesetzentwurf über den Lastenausgleich an den Lastenausgleich-Ausschuß des Bundestages. Dieser berät den Gesetzentwurf gründlich durch, häufig in sehr vielen Sitzungen. Zum Beispiel hat der Beamtenrechtsausschuß des Bundestages an die Beratung des Gesetzes gemäß Artikel 131 des Grundgesetzes — das ist das Gesetz, das die Rechtsverhältnisse der aus dem Osten vertriebenen Beamten und der ehemaligen Berufssoldaten regelt — *mehr als 90 in der Regel ganztägige Sitzungen* gewandt. Wenn der Ausschuß mit diesen Beratungen fertig ist und den Gesetzentwurf in sich beschlossen hat, leitet er ihn wieder dem Bundestag zu, der eine zweite Beratung vornimmt, eine sogenannte Einzelberatung, in der jeder einzelne Paragraph durchberaten wird, entsprechende Abänderungsanträge erörtert werden und in der dann über jeden Paragraphen abgestimmt wird. Nachdem diese Einzelberatung beendet ist, folgt entweder sofort oder nach einigen Tagen die dritte Beratung, in der noch einmal eine grundsätzliche allgemeine Aussprache und eine zumeist kürzere Beratung der einzelnen Paragraphen stattfindet, bis die Schlußabstimmung erfolgen kann. Jeder vernünftige Betrachter wird einsehen, daß ein solches Gesetzgebungsverfahren im Bundestag zwar außerordentlich zeitraubend ist, daß es aber in ganz anderer Weise als die Gesetzgebung in einem totalitären Staat, die einfach von der Regierung vorgenommen oder von ihr bestimmt und von einem willfährigen sogenannten Parlament gebilligt wird, alle Möglichkeiten bietet, die Fragen zu erörtern, die um des Volkes willen bei der Gesetzgebung erörtert werden müssen. Es besteht eine gewisse Vermutung dafür, daß, wenn Gesetze in dieser Weise behandelt werden, es keine Frage gibt, die nicht geprüft wird, und daß kein ernsthaftes Anliegen, das von

Menschen im Lande vertreten und an den Bundestag herangebracht wird, unerörtert bleibt. Ob es berücksichtigt werden kann, ist eine Frage, die das Parlament in seinem Verständnis der gesamten Situation entscheiden muß. Daß es im Leben der Welt und im politischen Leben nicht die Möglichkeit gibt, allen Forderungen zu entsprechen, ist selbstverständlich.

Wozu noch ein Vermittlungsausschuß?

Wenn der Bundestag in der Schlußabstimmung das Gesetz verabschiedet hat, geht es wieder an den Bundesrat. Dieser hat noch einmal die Möglichkeit eines Einspruchs. Im allgemeinen wird, wenn Meinungsverschiedenheiten bestehen, ein sogenannter Vermittlungsausschuß einberufen, der aus Vertretern des Bundesrats und des Bundestages besteht und in dem in der Regel eine Einigung zustandekommt, die häufig noch zu Abänderungen des Gesetzes führt. Wenn dieser Vermittlungsvorschlag von beiden angenommen wird, ist das Gesetz zur Verkündung durch den Bundespräsidenten im Bundesgesetzblatt reif. Damit tritt es in Kraft. Falls der Vermittlungsausschuß nicht zu einem Ergebnis kommt, hat der Bundestag die Möglichkeit, den Einspruch des Bundesrats niederzustimmen. Auch dann kommt das Gesetz zustande. Falls eine solche Erledigung eines Einspruchs nicht stattfindet, ist die Gesetzgebung nicht abgeschlossen. Es muß dann der Versuch gemacht werden, auf andere Weise zu einem neuen Gesetz zu gelangen, das von Bundesrat und Bundestag gemeinsam verantwortet wird. Es gibt auch Gesetze, die an die Zustimmung des Bundesrats gebunden sind, so daß also gegen den Willen des Bundesrats ein Gesetz überhaupt nicht zustandekommen kann.

Warum muß das Volk die hohen Steuern zahlen?

Neben dieser Hauptaufgabe der Gesetzgebung hat der Bundestag noch einige andere Aufgaben, die aber im allgemeinen von geringerer Bedeutung sind. Daß der Bundestag im Rahmen dieser Gesetzgebung als hervorragendste Aufgabe die Festsetzung des Haushaltsplans der Bundesrepublik hat, muß erwähnt werden, weil von diesem Haushaltsplan jede Einnahme und Ausgabe abhängt, die im Bund vor sich geht. Wenn man sich überlegt, daß der Haushaltsplan des Bundes annähernd 16 Milliarden DM umfaßt, dann weiß man, welche Arbeit daran gewandt werden muß, im Haushaltsausschuß des Bundestages jede einzelne Ausgabe und jede Beamten- und Angestelltenstelle in diesem Voranschlag zu überprüfen, damit das Volk sicher sein kann, daß nur die Ausgaben geleistet und die Einnahmen erfordert werden, die um der Erfüllung der Aufgaben des Staates willen unbedingt nötig sind.

Es gibt genug Deutsche, die, wenn sie von den Ausgaben des Staates und von Steuern hören, an Gehälter von Ministern, an Diäten von Abgeordneten und an den angeblichen Luxus und die Verschwendung in Bonn

denken. Aber die wenigsten wissen, daß das alles, selbst wenn es unangemessen hoch wäre, nur einen Bruchteil dessen ausmacht, was der Staat auszugeben hat. Jeder, der sich einmal die Mühe gemacht hat, in Bonn den Bundestag und die Ministerien anzusehen, hat gesehen, daß dort von Luxus nichts zu finden ist. Und er hat dann vielleicht auch erfahren, daß die gesamten Kosten der Verwaltung des Bundes, Personal- und Sachausgaben, also einschließlich aller Gehälter, aller Diäten, der Kosten des Bundestages und der Bundesregierung und aller Beamten, Angestellten und Arbeiter nur 3% der Ausgaben des Bundes ausmachen. Das Gewicht dieser Ausgaben liegt ganz woanders. Da sind Besatzungskosten, die zwischen 5 und 6 Milliarden DM ausmachen. Da erfordert die Versorgung der Kriegsoffer und Kriegshinterbliebenen mehr als 3½ Milliarden DM. Da müssen für die aus dem Osten vertriebenen und sonst aus ihren Ämtern gekommenen Beamten und für die ehemaligen Berufssoldaten jährlich 750 Millionen aufgebracht werden. Da gehen Hunderte von Millionen in den Wohnungsbau. So kommen die Ausgaben unseres Staates zusammen, für die die Steuern aufgebracht werden müssen. Denn unser Staat bemüht sich darum, nur Ausgaben zu leisten, für die auch Einnahmen vorhanden sind. Wenn er das nicht täte, würde unsere Währung in Gefahr kommen und alle Anstrengungen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft wären vergeblich gewesen.

In ruhigeren Zeiten haben die Parlamente die Aufstellung und Beratung des Haushaltsplans immer als ihre Hauptaufgabe angesehen, die viele Monate in Anspruch nahm. Die heute unserem Parlament gestellte Aufgabe, einen Staat aus dem Nichts wieder aufzubauen und alle gesetzlichen Regelungen zu treffen, die sich aus dem verlorenen Krieg und dem Zusammenbruch ergeben, läßt es nicht mehr zu, daß der Haushaltsplan in dieser Ausführlichkeit behandelt wird. Dennoch wird er mit Gründlichkeit bearbeitet. Allein dieser Hinweis auf die Notwendigkeit, den Haushaltsplan in wesentlich kürzerer Zeit durchzuarbeiten, läßt schon erkennen, in welchem Maße das Parlament und alle seine Mitglieder belastet sind.

V. Muß es Parteien geben?

Zwei oder mehr Parteien?

Manche Menschen, die noch bereit wären, sich mit der Existenz eines Parlaments abzufinden und die bei genauerer Prüfung seine Notwendigkeit bejahen, sind aber im Zweifel, ob ein solches Parlament Parteien haben muß. Ich will nicht davon sprechen, daß in Deutschland viele einfach sagen: Wir haben einmal mit einer Partei schlechte Erfahrungen gemacht, jetzt wollen wir mit Parteien überhaupt nichts mehr zu tun haben. Ich glaube nicht, daß man aus den eigenen schlechten Erfahrungen und aus einem verfehlten eigenen Verhalten in der Vergangenheit, auf das stolz zu sein man keinen

Anlaß hat, Folgerungen für die politische Gesamtordnung eines Volkes in der Zukunft ziehen darf. Aber es haben viele Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit — insbesondere um die Frage des sogenannten Spiegel-Ausschusses des Bundestages, in dem Untersuchungen über die Behauptung angestellt wurden, daß Bundestagsabgeordnete sich für eine bestimmte Abstimmung hätten bestechen lassen — doch Anlaß zu der Frage gegeben, ob die Parteien nicht ein Schaden und eine Gefährdung der demokratischen Ordnung sind.

Man könnte zur Beantwortung dieser Frage zunächst darauf verweisen, daß es in den klassischen Demokratien des Westens immer Parteien gegeben hat und daß das Kennzeichen etwa der englischen und der nordamerikanischen Demokratie das Bestehen zweier großer Parteien ist; auch wenn der Versuch gemacht wurde, eine dritte Partei danebenzustellen, hat sich in der Regel der politische Sinn des Volkes dahin entschieden, es bei dem Zweiparteien-System zu belassen. In Deutschland sind wir in unserer jüngeren parlamentarischen Entwicklung noch nicht dazu gekommen, sondern haben immer eine Vielzahl von Parteien gehabt. Vielleicht ist das mit der Neigung des Deutschen, auch aus unbedeutenden Einzelheiten Grundsatzfragen zu machen, zu erklären. Etwas hat es allerdings auch mit dem Wahlsystem zu tun. Man hat in Deutschland gemeint, man vertrete den Willen des Volkes nur dann recht, wenn man jeder Abweichung der politischen Meinungen eine Vertretung im Parlament bis hin zu Zwergparteien sichere. Theoretisch würde das die Möglichkeit eröffnen, daß es in einem Parlament mit 410 Abgeordneten wie bei uns 410 einzelne Abgeordnete mit verschiedenen politischen Meinungen gäbe. Daß das die Bildung einer Regierung und die ordnungsmäßige Erledigung der Arbeit des Parlaments unmöglich machen würde, versteht jeder. Es gibt natürlich auch niemals so viel verschiedene politische Meinungen, sondern es wird in der Regel immer so sein, daß sich ganz bestimmte Menschen im Volk und im Parlament in einer im wesentlichen übereinstimmenden Beurteilung der politischen Fragen finden.

Natürlich schließen diese Menschen sich zusammen und trachten danach, im Parlament und damit im Volk ihre politische Ansicht durchzusetzen. Daraus ergeben sich ohne weiteres politische Zusammenschlüsse von Menschen, die wir Parteien nennen. Man sollte dabei keinen Augenblick übersehen, daß die „Partei“ ihrem Wortsinn nach eben ein Teil, nämlich ein Teil des Ganzen ist und daß man die Aufgabe politischer Parteien nur dann richtig verstehen kann, wenn man davon ausgeht, daß sie ein Teil des Ganzen sein wollen und sein müssen.

Die Partei ist kein Heiligtum

Aus diesem Verständnis der Parteien geht eindeutig hervor, daß sie ein Zweckzusammenschluß von Menschen mit begrenzter politischer Aufgabensetzung sind. Vielleicht sind die Dinge in Deutschland dadurch so schwierig

geworden, daß der Deutsche jede Frage, auch in der Politik, grundsätzlich entscheidet und daraus manchmal sogar eine Entscheidung für Zeit und Ewigkeit macht. Es gibt eigentlich nur in Deutschland Menschen, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei zum Anlaß nehmen, gegen die Anhänger anderer Parteien auch menschlich Ablehnung zu empfinden. Man sollte einer politischen Partei dann beitreten, wenn man den Eindruck hat, daß sie das, was man selbst politisch will, vertritt. Aber man sollte sich einer Partei nicht mit Haut und Haaren verschreiben. Es ist ein falscher Standpunkt, den man eigentlich nur in Deutschland findet, daß man eine innere Verpflichtung habe, zu einer politischen Partei zu gehören, weil schon der eigene Großvater sie gewählt hat. Man sollte sich auch die Freiheit wahren, jederzeit die Zugehörigkeit zu einer Partei aufzugeben und sich einer anderen anzuschließen, wenn man den Eindruck hat, daß das, was man politisch vertreten will, von einer anderen Partei richtiger und besser vertreten wird.

Ein vorbildliches Beispiel für eine solche innere Freiheit in der Beurteilung der politischen Parteien hat uns England kurz nach dem Kriege 1945 gegeben. Das ganze Volk jubelte damals Winston Churchill als dem Sieger des Krieges zu — und dasselbe Volk bereitete ihm kurz danach die gewaltigste politische Niederlage der konservativen Partei. Der Grund war nicht, daß es nun plötzlich gegen Winston Churchill eingestellt gewesen wäre, sondern daß es für die Jahre nach dem Kriege eine soziale Politik wollte, für die ihm die Arbeiterpartei größere Gewähr zu bieten schien. Zweifellos wird das englische Volk, falls es der Meinung sein sollte, daß diese seine Forderung von der Arbeiterpartei nicht erfüllt worden sind, wieder bereit sein, Churchill zu wählen. Das wäre in Deutschland sehr schwer denkbar. Aber es hängt die Existenz unserer parlamentarischen Demokratie davon ab, daß wir die innere Freiheit bekommen, ähnlich zu verfahren und nicht zu meinen, daß sich Parteifronten auf unabsehbare Zeit verfestigen könnten. Jeder, der dieses Verständnis der Parteien hat — und man könnte das gleiche in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beweisen — spürt, daß der eigentliche Sinn einer parlamentarischen Demokratie nur dann erfüllt werden kann, wenn es zwei starke Parteien gibt, die sich gegenseitig kontrollieren und in einer gemeinsamen Begrenzung ihrer Regierungsgewalt und ihrer Opposition stehen. Das Volk hat alle vier Jahre die Möglichkeit, durch seine Wahl die eine oder die andere an die Regierung zu bringen und dadurch die Opposition zu zwingen, das zu verwirklichen, was sie von der bisherigen Regierung gefordert hat. Genau so wird dann die Regierungspartei gezwungen, ihre künftige Opposition durch das begrenzen zu lassen, was sie in der Zeit, da sie die Regierung stellte, als möglich erkannt hat.

Wo kriegen die Parteien ihr Geld her?

Daß solche Parteien nicht nur in Erscheinung treten können, wenn Wahlen stattfinden, ist selbstverständlich. Wenn man Ernst damit macht, daß das Parlament eine Vertretung des Volkes ist und daß das Volk durch seine Wahl die Regierung bestimmt, dann darf man sich nicht damit begnügen, daß alle vier Jahre ein Wahlakt stattfindet; es darf nicht in der Zwischenzeit jegliche Verbindung zwischen dem Volk und seinen Vertretern verlorengehen. Jeder Abgeordnete hat die Pflicht, mit den Menschen seines Wahlkreises und darüber hinaus mit denen des ganzen Volkes, deren Vertreter er nach dem Grundgesetz ist, Fühlung zu halten. Er kann das in der Regel nur, wenn ihm eine Parteiorganisation zur Verfügung steht, die die Menschen unterrichtet, die Wähler mobilisiert und sie zum Eintreten für ihre politischen Ideen begeistert. Dazu gehören Menschen, die diese Organisation tragen und vor allem Gelder, mit denen die Kosten dieser Organisation bestritten werden. Die Lage ist bei den einzelnen Parteien sehr verschieden. Einige haben große Mitgliederzahlen und können in stärkerem Maße von den Beiträgen ihrer Mitglieder leben. Andere haben geringere Mitgliederzahlen, auch wenn sie vielleicht ebenso viele Wähler haben, und müssen sich Gelder beschaffen, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können. Die Sorge des deutschen Volkes und des Parlaments muß darum gehen, daß nicht durch die Notwendigkeit, Gelder für die politische Arbeit aufzubringen, die Freiheit politischer Parteien und Abgeordneter, zu den ihnen vorgelegten Fragen in völliger Unabhängigkeit Stellung zu nehmen, gefährdet wird. Daß politische Parteien keine Bedenken zu haben brauchen, von Menschen, die mit ihnen gleicher politischer Auffassung und gewillt sind, für die Durchsetzung dieser politischen Auffassung persönliche Opfer zu bringen, solche Gelder anzunehmen, ist selbstverständlich. Aber es ist hier ein kritischer Punkt in der Organisation der Parteien, nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt, weil die Gefahr, daß Politik, Geschäft und persönliches Interesse sich vermischen, außerordentlich groß ist.

Noch einmal: Eine politische Partei vertritt nur dann ihre Aufgabe recht, wenn sie sie in der Verantwortung wahrnimmt, nicht nur zu kritisieren oder herunterzureißen, sondern aufzubauen und gegebenenfalls, wenn die Wähler sie dazu stark machen, die Verantwortung für die Politik des Landes selbst zu übernehmen. Erst so ist sie ein Teil des Ganzen, als den sich alle Parteien und alle Politiker trotz ihrer verschiedenen politischen Überzeugungen in Einzelfragen immer empfinden sollten.

VI. Bringen die Parlamente und Parteien „Bonzen“ hervor?

Im totalen Staat darf man's nicht einmal sagen

Irgendeinem sicher der Demokratie nicht freundlich gesinnten Mann ist eingefallen, daß man die Ablehnung dessen, was viele Menschen unter Bonn sich vorstellen, populär machen könne, indem man verbreite, das Wort „Bonze“ müsse heute mit zwei „n“ geschrieben werden. Jeder, der das hört, spürt sofort, daß eine solche Kritik nicht aus dem Gedanken der Förderung des deutschen Staates und der deutschen Demokratie entstanden ist, sondern das ein solcher sogenannter Witz in die Kategorie all der üblen Behauptungen gehört, die schon einmal in Deutschland den Versuch eines demokratischen Staates zwischen 1919 und 1933 zum Scheitern gebracht haben.

Wenn wir auch diesen „Witz“ nicht als wesentlich ansehen, müssen wir doch die Frage stellen, ob die parlamentarische Demokratie und das Parteiwesen in besonderem Maße dazu verführen, daß Menschen nicht um der Sache, sondern um ihrer Person und ihrer selbstsüchtigen Interessen willen Politik machen. Ohne Frage ist diese Gefahr in einem Staat, der keine parlamentarischen Kontrollen hat und in dem ein kleiner Kreis sogenannter Führer alles bestimmt, noch viel größer; aber dort wird es durch die mangelnde Unabhängigkeit des Parlaments und durch das lückenlose System staatlicher und polizeilicher Überwachung unmöglich, solche Vorfälle in der Öffentlichkeit zu erörtern. In einem parlamentarischen Staat kommt irgendwann doch der Augenblick, wo solche Dinge in der Öffentlichkeit bekannt werden, und es ist eine wichtige Funktion der Opposition und der Parteien im Parlament, daß sie mit peinlicher Sorgfalt auf derartige Vorgänge auch beim politischen Gegner achten, die einen solchen Vorwurf rechtfertigen könnten. Die Gefahr des sogenannten Bonzentums ist natürlich nur dann gegeben, wenn Menschen in das Parlament gewählt werden oder andere politische Funktionen wahrnehmen, denen es nicht um die Verantwortung für die Gesamtheit des Volkes, sondern nur um ihr eigenes Interesse geht. Solche Menschen wird es immer wieder geben, und es wäre unsinnig, zu behaupten, daß sie in einem Parlament und in einer Demokratie nicht in Erscheinung treten könnten. Es wird nur alles davon abhängen, daß sie erkannt werden und daß man Vorsorge dafür trifft, daß sie die von ihnen beabsichtigten persönlichen Geschäfte und Vorteile nicht auf Kosten der Gesamtheit und mit den Mitteln des Staates und des Parlaments erreichen können.

Aber die Diäten!

Die große Überbelastung unseres gegenwärtigen Parlaments, von der oben gesprochen ist, bringt natürlich die Gefahr hervor, daß viele Menschen praktisch zu hauptamtlichen Politikern werden. Während es früher in den

alten Zeiten vor 1914 und auch teilweise noch zwischen 1918 und 1933 möglich war, daß Beamte, Rechtsanwälte, Ärzte, Angestellte usw. ihren parlamentarischen Auftrag wahrnehmen und gleichzeitig ihren privaten Beruf weiterführen konnten, ist die Belastung des gegenwärtigen Parlamentariers so groß, daß er fast pausenlos in seiner politischen Aufgabe stehen muß, entweder im Parlament oder seinen Ausschüssen oder über das Wochenende in seinem Wahlkreis, wo er Besprechungen hat, Vorträge hält und Fühlung mit den Wählern nimmt, was diese mit Recht von ihm fordern. Das bedeutet einmal, daß der Parlamentarier für seine Tätigkeit eine Entschädigung erhalten muß, die es ihm möglich macht, an Stelle seines bisherigen Berufes davon zu leben oder in seinem bisherigen Beruf Vertreter zu bestellen, die sicherstellen, daß er nach Abschluß der parlamentarischen Tätigkeit seinen bisherigen Erwerb fortsetzen kann. Das sind die Diäten, an denen sich viele Menschen in Deutschland reiben. Jeder, der sich ernsthaft mit diesen Fragen beschäftigt, mußte wissen, daß die Diäten, die den Abgeordneten zukommen, wesentlich weniger ausmachen als das, was vielen Menschen in der Wirtschaft oder in anderen Berufen in Deutschland gezahlt wird. Wenn man sich überlegt, daß die Mitglieder des Bundestages die Aufgabe haben, für ein Volk in allen seinen Lebensbereichen verantwortlich die Gesetze zu gestalten und damit für jetzt und für die Zukunft das Leben des deutschen Volkes in allen Bereichen seiner staatlichen Existenz zu bestimmen, sollte man Verständnis dafür haben, daß sie diese Aufgabe in einer inneren und äußeren Unabhängigkeit wahrnehmen müssen. Das Grundgesetz hat darum auch ausdrücklich festgelegt, daß die Entschädigungen der Abgeordneten so zu bemessen sind, daß ihre Unabhängigkeit gesichert wird. Jeder, der ein Interesse an der parlamentarischen Demokratie und der Objektivität ihrer Entscheidungen hat, sollte verstehen, daß alles davon abhängt, daß Abgeordnete in den Stand gesetzt werden, ohne Zuwendungen von dritter Seite, die die Freiheit ihrer Entscheidungen beeinträchtigen könnten, ihren politischen Pflichten nachzukommen, denn das Bonzentum, das wir nicht wollen, entsteht dann, wenn die Abgeordneten abhängige Vertreter irgendwelcher Interessentengruppen werden.

Es kann natürlich auch dann entstehen, wenn sie in ihrer ganzen Existenz auf das Parlament und die Zugehörigkeit zu ihm oder auf das Innehaben einer Funktion in einer Partei angewiesen sind. Die notwendige Organisation einer Partei kann dazu führen, daß es in ihr viele Funktionäre gibt, deren ganzes Leben wirklich von der Existenz dieser Partei abhängig ist und die bereit sind, alles zu tun, um sich für die Zukunft zu sichern. Auch daraus kann das entstehen, was viele Menschen Bonzentum nennen. Es geht in all diesen Fragen eigentlich viel weniger um das Geld, das jemand sich erwirbt — das geschieht in guter und ungueter Weise auch außerhalb des Parlaments und der Politik — es geht darum, daß die Abgeordneten die Freiheit und Unabhängigkeit haben, jede politische Entscheidung ent-

sprechend ihrem Gewissen zu fällen. Sie dürfen nicht abhängig sein von irgendwelchen geldlichen Interessen oder von der Meinung einer Partei oder eines Führers. Die Versuchung, die Ziele einzelner Menschen in der Welt durchzusetzen ohne Rücksicht auf die Notwendigkeiten der Völker und ohne Rücksicht auf die persönliche Unabhängigkeit der Gewissen, ist überall groß. Ich meine aber, daß sie in einer parlamentarischen Demokratie, wenn sie recht gehandhabt wird, und wenn ihre kontrollierenden Funktionen wahrgenommen werden, geringer ist als in jeder anderen Staatsform. Überall, wo die Dinge von Menschen abhängig sind und mit Menschen zu tun haben, besteht die Gefahr, daß nicht um der Sache, sondern um des eigenen Nutzens willen, aus Geltungsbedürfnis oder mit dem Ziel der Machterringung gehandelt wird. Es wird an uns sein, durch die Wahrnehmung unserer politischen Verantwortung auf der kleinsten Ebene, in Stadt und Gemeinde, in Kreis und Ländern bis zum Bund und in den Organisationen der politischen Parteien dafür zu sorgen, daß diese Gefahren eingedämmt werden und Politik um des Volkes willen getrieben wird.

VII. Das östliche Gegenbeispiel

Begeisterung besagt nichts

Wenn wir all das bedenken, was bisher vom Inhalt, von der Notwendigkeit und den Gefahren einer Demokratie gesagt ist, sind wir in der Lage, uns zu überlegen, was in den Staaten des Ostens, die wir totalitär nennen, sich von dieser Demokratie unterscheidet. Ich spreche nicht von diesen Dingen, um eine begeisterte Schilderung der westlichen Demokratie zu geben und eine hundertprozentige Ablehnung des Ostens zum Ausdruck zu bringen. Es geht hier in diesem Heft nicht um eine Propaganda-Aktion, sondern es geht uns um eine echte Besinnung. Wir wissen sehr wohl, daß in den Ländern des Ostens, auch im Osten Deutschlands, viele junge Menschen die Meinung vertreten, daß die Methoden der westlichen Demokratie überholte Formen seien, die nur dazu dienten, die Herrschaft des Kapitals oder einer Klasse zu verewigen. Sie setzen dagegen den bewußten Willen zur Armut und zur Einfachheit. Und wer einmal erlebt hat, welche Begeisterung dieser Wille zur Einfachheit und zum Aufbau des Staates mit eigenen Mitteln unter bescheidenen Verhältnissen bei vielen Jugendlichen hervorgerufen hat, kann sich der Dringlichkeit der Frage, die uns gestellt ist, nicht mehr entziehen. Wir wissen genau, daß die Staaten des Ostens es fertiggebracht haben, insbesondere junge Menschen in großen Massen zu begeistern und ihnen die Ideale ihres Staates und ihrer Gesellschaftsform einzupflanzen. Und wir wissen auf der anderen Seite ebenso genau, daß die Formen der parlamentarischen Demokratie, die wir in unserem Staat zu errichten trachten, von der Jugend nicht mit der gleichen Begeisterung aufgenommen werden,

sondern daß diese Jugend diesen Formen und der Idee dieses Staates aus mancherlei Gründen mit großer Skepsis oder sogar Ablehnung gegenübersteht.

Es ist nur die Frage, ob diese Skepsis und Ablehnung auf der einen und diese Begeisterung und Einsatzfreudigkeit auf der anderen Seite für uns entscheidend sein können. Es könnte sein, daß sowohl das eine wie das andere auf Hintergründe zurückgeht, die wir um der Zukunft unseres Volkes willen nicht für richtig halten und nicht anerkennen können. Wir sollten uns daran erinnern, daß wir als Deutsche in der Gesamtheit ja nicht theoretisch von diesen Fragen sprechen, sondern daß wir schon einmal die Erfahrungen am eigenen Leibe durchgemacht haben. Wer wollte bestreiten, daß es dem nationalsozialistischen Staat vor anderthalb Jahrzehnten wie jetzt den Staaten des Ostens gelungen ist, Massen in Bewegung zu bringen und zu begeistern! Es täte uns recht gut, uns daran zu erinnern, welche nicht nur scheinbar begeisterten Menschenmassen sich am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld in Berlin, am Erntedanktag auf dem Bückeberg bei Hameln und auf den Parteitag in Nürnberg versammelt haben. Diese Begeisterung und diese organisierten Massen hat es bei uns also schon einmal gegeben, und wir können ebensowenig vergessen, daß es auch die Begeisterung einer Jugend, die in einer Massenorganisation zusammengefaßt war, schon einmal gegeben hat. Man sollte nicht leugnen, daß auch heute noch die Auswirkungen der Hitlerjugend in unserem Volke sichtbar werden und daß ein nicht geringer Teil der Zurückhaltung gegenüber den neuen politischen Formen unseres Staates in der Fortwirkung dieser Begeisterung seinen Grund hat. Auch diese Jugend hatte sich ein Ideal gestellt, das der unbedingten Treue zum „Führer“, das des Dienstes für das Volk, das der Einfachheit und Schlichtheit, das der Gemeinschaft und der Überwindung der Klassengegensätze und des Aufbaus des Volkes aus seiner eigenen Kraft.

Wenn man im einzelnen den Antrieben damals und den Antrieben heute in den totalitären Staaten des Ostens nachdenkt, spürt man, daß eigentlich kein Unterschied da ist, und man sollte daraus die Folgerung ziehen, daß das, was damals nicht zu positiven Ergebnissen im deutschen Volk, sondern zu einem völligen Zusammenbruch und zu seiner totalen Zerstörung geführt hat, heute nicht gut sein kann. Es lohnt sich nicht, in der Politik und im Leben der Völker dasselbe, was sich einmal als vernichtend erwiesen hat, noch einmal zu versuchen. Deutschland hat allen Anlaß, das in seiner ganzen Bedeutung zu erkennen.

Die Auflösung der Werte

Aber für die, die meinen, daß diese Beweisführung noch nicht ausreichend sei, muß noch etwas weiteres gesagt werden. Zweifellos gibt es unter den Menschen des Ostens viele gutwillige, die glauben, daß nun heute plötzlich die Methode erkannt sei, alles das, was im Nationalsozialismus unter den

gleichen Voraussetzungen schlecht geworden sei, zu einem guten Ende zu führen. Mit diesen Menschen müssen wir uns auseinandersetzen. Was war denn für die, die aus einem inneren Abstand und mit einem kritischen Herzen die Zeit des Nationalsozialismus erlebt haben, das Erschütternde? Daß sich hinter der Fassade der Macht, des Glanzes, der Einigkeit und der Organisation der Massen für ein gemeinsames Ziel tatsächlich der innere Zusammenbruch jeglicher echter Ordnung im Volke vollzog. Es begann bei der Familie, und es war nicht nur ein schlechter Witz, daß, wenn die Partei die Organisation des Volkes voll durchführte in Kampfverbänden der Männer, in der Frauenschaft und in Jugendorganisationen, irgendwann der Augenblick kommen würde, wo sich die Familie nur noch alle zwei Jahre auf dem Parteitag einmal begegnete. Es wuchs aus der unter der Parole der Volksgemeinschaft propagierten Vereinheitlichung nicht eine Förderung der geistigen und kulturellen Kräfte des Volkes jeweils entsprechend den besonderen Möglichkeiten und Notwendigkeiten, sondern es wurde daraus eine öde Gleichmacherei. Es ist noch immer das Gesetz der Nivellierung gewesen, daß sich dann eben alles auf das niedrigste Niveau einstellt; das gilt auch für das geistige und kulturelle Leben eines Volkes. Aber noch wichtiger ist folgendes: In diesem Volk wurde die Familie nicht nur durch organisatorische Maßnahmen und durch die kulturelle Gleichmacherei verdorben, sondern sie wurde innerlich dadurch aufgelöst, daß Jungen und Mädchen dazu angehalten wurden, auch für die politische Gleichheit der Überzeugung in der Familie Sorge zu tragen und gegebenenfalls sogar ihre Eltern und Angehörigen, die nicht der politischen Auffassung der Partei waren, zu denunzieren.

Wir wissen, daß der Weg im Osten in diesen Jahren genau der gleiche ist und daß die gleichen Auflösungserscheinungen durch das ganze Volk hindurchgehen wie damals. Aber es ging nicht nur um die Familie, sondern es ging um den Bestand des Volkes in seiner Gesamtheit. Schon vorher ist davon gesprochen worden, daß es eine Wahl nach freier Entscheidung nicht mehr gab. Eine Wahl, in der nur ein Ja möglich ist, ist keine Wahl, und im nationalsozialistischen Staat wurde ebenso wie in den totalitären Staaten des Ostens nur mit Ja abgestimmt und es gab keine andere Meinung. Es gehört zu den Grundlagen der Freiheit des Menschen, daß er eine Meinung hat und diese Meinung äußern kann, und der Staat, der diese Meinungsäußerung verbietet, ist kein Staat mehr, den wir als solchen achten können.

Die neuen Götzen

Aber es ging noch weiter. Man wollte nicht nur die äußeren Formen des politischen Lebens vereinheitlichen und tat das mit Zwang, Gewalt und Konzentrationslagern, sondern man wollte auch die innere Einheit des Volkes, wie man sie sich vorstellte, herstellen. Hinter der Weltanschauung des Nationalsozialismus stand die Meinung, daß ein einheitliches Volk einen ein-

heitlichen Glauben haben müsse, und unter Glauben verstand man nicht das, was die Kirche seit 2000 Jahren als Glauben verkündet, sondern man verstand darunter eine in eine höhere Sphäre gehobene gemeinsame politische Überzeugung. Im „Dritten Reich“ Adolf Hitlers war für den Glauben der Kirche, war für die Existenz eines lebendigen Gottes, war für Jesus Christus kein Raum mehr, und jeder, der sich dagegen wandte, daß das, was durch Jahrtausende den Menschen Kraft gegeben hatte, alle Widrigkeiten des Lebens zu bestehen, nicht mehr gelten sollte, wurde als ein Mann hingestellt, der die konfessionelle Aufspaltung des deutschen Volkes wollte. Es sollte, da es bei den Erwachsenen nicht mehr möglich schien, in der Jugend der Glaube an Jesus Christus aus den Herzen gerissen und an seine Stelle eine oberflächliche nationalistische Begeisterung für das „Dritte Reich“ und seinen Führer gesetzt werden.

Das gleiche geschieht heute im Osten. Die Tatsache, daß es keine Demonstration gibt, in der nicht Bilder der politischen Führer des Ostens von Pieck bis Mao-Tse-tung vorangetragen werden, die wie Götterbilder der heidnischen Völker die Begeisterung des Volkes entfachen und als seine Retter erscheinen sollen, läßt erkennen, wohin auch dort der Weg geht. In einem Volk, das die Freiheit der Meinungsäußerung nicht mehr kennt und dem die Freiheit des Glaubens aus dem Herzen gerissen wird, muß ein solcher Weg dahin führen, daß Gewalt und Mord regieren. Das ist auch eine Erkenntnis, die wir aus den Erfahrungen im „Dritten Reich“ gewonnen haben sollten.

Die Tatsache, daß man die sogenannte Reinhaltung der deutschen Rasse durch die Nürnberger Rassengesetze zum Fundamentalsatz des Staates machte und in einer verbrecherischen Überschätzung des sogenannten arischen Menschen glaubte, das Recht zu haben, alle anders gearteten Menschen auszurotten, hat uns ins Verderben geführt. In Verfolg dieser Ideen sind über 5 Millionen Juden in Europa ermordet worden und dazu viele Millionen anderer Menschen. Der Rückschlag dieser Gewalt hat dazu geführt, daß durch nicht weniger verbrecherische Maßnahmen Millionen von Deutschen umgekommen sind — ermordet, verkommen in Konzentrationslagern, verstorben bei der Austreibung aus ihrer Heimat. Es hat sich gezeigt, daß hinter der Fassade einer glänzenden Einheit und Begeisterung die Totalität der Macht, des Rassenhasses und der Vernichtung aller Menschenwürde stand und damit der Wegfall aller Ordnung und alles Rechts verbunden war. Wir sind nicht bereit, anzuerkennen, daß die wieder einmal aufgerichtete Fassade einer jugendlichen Begeisterung und eines Einsatzes für das scheinbar überzeugende System eines totalitären Staates uns das Recht gibt, von den Hintergründen abzusehen und zu glauben, daß hier der Weg einer neuen Menschheitsordnung liegen könnte. Wir wissen, daß schon wieder einmal im deutschen Osten Schrecken und Gewalt regieren, daß es keine freien Wahlen gibt, daß die Jugend, die am Glauben an Jesus Christus festhält, an allen Ecken und Enden benachteiligt und behindert ist,

ja unterdrückt wird, daß Menschen, die die Verantwortung der Kirche vor der öffentlichen Gewalt vertreten, schon wieder ins Gefängnis geworfen werden und daß es nirgendwo in diesem Staate auch nur noch den Ansatzpunkt einer freien Meinungsäußerung gibt, weder im Rundfunk noch in der Presse. Ja, wir müssen fürchten, daß wir schon wieder so weit sind, daß das, was Rückert vor 150 Jahren in seinen „Geharnischten Sonetten“ sagte, im Osten wieder Wahrheit wird:

„Was schreibest, Dichter, du?

Einschreib' ich mein' und meines Volkes Schande,
das seine Freiheit nicht darf denken wollen!“

VIII. Die inneren Grundlagen einer Demokratie

Gerechtigkeit erhöht ein Volk

Nachdem wir von diesem Bild des deutschen Ostens, auch im Rückblick auf den Staat Adolf Hitlers, gesprochen haben, können wir uns noch einmal darauf besinnen, was die inneren Grundlagen der Demokratie sind. Wir haben von ihren Formen gesprochen. Wir wollen nicht sagen, daß diese Formen der Demokratie mit den Formen der christlichen Kirche identisch sind. Wir wollen die Grundsätze der westlichen Demokratie nicht zu Glaubenssätzen erheben, die die Kirche zu verkünden hätte. Es geht auch hier um menschliche Ausdrucksformen, die allen Gefährdungen, denen der Mensch überhaupt ausgesetzt ist, ebenfalls unterworfen sind. Wir kennen nur zu genau die vielerlei Gefahren und Verfehlungen, die im Bereich des demokratischen Staates möglich sind, und erleben sie täglich. Aber wir können das mit Gelassenheit zur Kenntnis nehmen, weil wir wissen, daß auf dieser Erde mit den Mitteln dieser Erde nicht ein Staat entstehen kann und entstehen wird, der den Forderungen entspricht, die Gott an uns stellt. Auch in unserer Staatsbildung, auch in unserer Politik sind wir Menschen des Versagens und der Sünde, die nichts anderes tun können, als ihr Versagen und ihre Schuld Gott darzubringen und auf seine Gnade zu warten.

Wir sind also davor geschützt, unsere Staatsform und die Aufgabe dieses Staates religiös zu überhöhen und ihn damit wirkungsvoll und verdienstlich gestalten zu wollen. Aber wir wissen das eine: Wenn die demokratischen Staatsformen des Westens und die Staatsform, die wir unter uns nach unseren Notwendigkeiten aufbauen wollen, den Grundsatz der Freiheit, der Menschenwürde und der Gerechtigkeit verkünden, dann sind das Grundsätze, die nicht zufällig in den Gehirnen irgendwelcher Politiker gewachsen sind. Sie kommen auch nicht aus tagespolitischen Notwendigkeiten heraus. Es sind das Grundsätze, die aus den Grundlagen stammen, die das Wort Gottes uns gegeben hat. Aus ihm wissen wir, daß der Mensch, weil er von Gott geschaffen ist, eine Würde hat, die ihm niemand nehmen kann und die ihm das

Recht gibt, im Einzelleben, im Leben der kleinen Gemeinschaften und in Volk und Staat zu fordern und durchzusetzen, daß diese Würde geachtet wird. Wenn wir von Freiheit reden, dann ist das im letzten Grunde kein politisches Programm, es ist auch nicht ein Ausfluß von revolutionären Ideen, die in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten die Parole der Freiheit oft genug zu einem politischen Schlagwort erniedrigt haben, sondern dann ist das eine Eigenschaft, die aus der gottgegebenen Würde des Menschen fließt. Wir müssen anerkennen, daß nach Gottes Willen der Mensch den Anspruch auf Freiheit seiner Person, und damit auf Freiheit seiner Meinung und Meinungsäußerung hat, und daß jeder, der diese Freiheit beeinträchtigt, dem Willen Gottes, der im Menschen sichtbar geworden ist, zuwiderhandelt. Und wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, dann ist das nicht der Ausfluß eines theoretischen Rechtheitsprinzips, das *auch* zur Aufrechterhaltung der Staaten notwendig ist, sondern es ist das Wissen darum, daß die letzte Gerechtigkeit Gottes, die in souveräner Freiheit von ihm gehandhabt wird, im Leben der Menschen und der Völker ihre Widerspiegelung finden muß, wenn diese Welt nicht in Chaos und Vernichtung versinken soll.

Diese Prinzipien der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde sind in den Grundsätzen und Verfassungen der demokratischen Staaten verankert. Sie sind verwirklicht zunächst in sehr unvollkommenen Formen, aber sie sind doch die Grundprinzipien, auf denen diese Staaten ihr Leben aufbauen und auf denen auch wir unser Leben bauen wollen. Darum sind wir gerufen, uns zu diesen Prinzipien der Demokratie zu bekennen und alles abzulehnen, was sie vernichtet oder in Frage stellt.

Das Ziel: Ganz Deutschland in Freiheit!

Und als letztes das Ziel unseres Staates: Es wird an uns sein, wie sich die Zukunft unseres Staates gestaltet. Wir sind nicht ein Staat in einer fest bestimmten und garantierten Ordnung, wir sind ein Staat, der aus der totalen Zerstörung aller staatlichen Ordnung des deutschen Volkes herauskommt, der aber bereit ist, die ersten Fundamente seines staatlichen Lebens wieder zu schaffen. Er hat damit die ungeheure Möglichkeit, für die Zukunft dem abzusagen, was in der Vergangenheit zu seiner Zerstörung geführt hat und die Fundamente einer neuen Ordnung unbeeinflusst und unvoreingenommen zu legen.

Wir wollen das tun in allem Wissen um die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen, die Schwierigkeiten nach innen und die Schwierigkeiten von außen. Wir wissen, daß wir mit der Staatsbildung, die wir in der Bundesrepublik Deutschland unternehmen, eine gesamtdeutsche Verantwortung haben und daß wir uns nicht damit begnügen können, diesen Staat in seinen jetzigen Grenzen zu bauen. Wir nehmen das ernst, was im Grundgesetz der Bundesrepublik steht, daß ihre Verfassung nur so lange gilt, bis das deutsche

Volk in seiner Gesamtheit sich in freier Entscheidung eine Verfassung gegeben hat. Wir wollen nichts anderes, als den Ansatzpunkt eines gesamtdeutschen Staates bilden, aber wir rufen alle, die dazu bereit sind, und die die Verantwortung spüren, sich von dem Ressentiment der Vergangenheit, von der Verbitterung, die durch manche Vorgänge seit 1945 gerechtfertigt sein mag, von der Bequemlichkeit und Absonderung, die vielen gefallen hat, zu lösen und sich in die Reihe derjenigen zu stellen, die ohne große Worte, aber mit einer stetigen Arbeit und mit einer inneren Bereitschaft diesen Staat zu bauen willens sind. Wir sollten dies auch tun in der Verantwortung für die Deutschen, die heute nicht die Freiheit ihrer Meinungsäußerung haben und die nicht das tun können, was sie gern möchten, nämlich zu uns zu stoßen und mit uns gemeinsam den neuen Staat der Deutschen zu schaffen.

Der Weg, den wir gehen, ist nicht leicht, er ist bitter und hat viele Schwierigkeiten und wird für uns alle zahllose Enttäuschungen mit sich bringen. Wir werden ihn nur gehen können, wenn wir ihn beschreiten nicht nur mit den Mitteln politischer Taktik, sondern wenn wir ihn gehen in der Bereitschaft, auf Gottes Wort zu hören, das in unser persönliches Leben hineinspricht und das uns Kraft, Freude und Verantwortung schenkt, um in Staat und Volk zu bauen und zu heilen, was zerstört ist.